Zeitschrift: Itinera : Beiheft zur Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte = supplément de la Revue suisse d'histoire = supplemento della Rivista storica svizzera

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Band: 27 (2008)

Artikel: 1968 in der Schweiz : zwischen Revolte und Reform

Autor: Späti, Christina

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1077959

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

1968 in der Schweiz: Zwischen Revolte und Reform

Christina Späti

«1968» begann in der Schweiz vergleichsweise spät, doch wie in den umliegenden Ländern hatten auch hier politische und kulturelle Vorläufer das Terrain vorbereitet. Bereits in den 1950er Jahren kritisierten Intellektuelle und Künstler den Immobilismus und die Kontinuitäten der «geistigen Landesverteidigung» in Politik und Gesellschaft.[1] Ein wichtiger politischer Vorbereiter der 68er Bewegung war die 1958 gegründete Schweizerische Bewegung gegen die atomare Aufrüstung (SBgaA), und dies in dreifacher Hinsicht. Zum einen nahm sie mit ihrer Aufmerksamkeit für den US-amerikanischen Vietnamkrieg im Laufe der 1960er Jahre ein wichtiges Thema der 68er Bewegung vorweg. Zweitens griff die SBgaA nicht nur zu den konventionellen Mitteln von Initiative und Referendum, um ihre Forderungen durchzusetzen, sondern setzte auch auf spontane Aktivierungen, zivilen Ungehorsam oder gewaltfreie Aktionen, also auf Mittel, auf die auch die 68er Bewegung zurückgreifen würde. Drittens bestanden personelle Kontinuitäten zwischen der SBgaA und der 68er Bewegung, da mehrere der späteren Aktivistinnen und Aktivisten ihre politische Lehre in der Friedensbewegung absolvierten.[2]

An den Hochschulen stellte die kritische Auseinandersetzung der 68er Bewegung mit den universitären Strukturen, aber auch mit den Inhalten und Methoden der Lehre ebenfalls kein Novum dar. Auch hier gab es Vorläufer, wie etwa in der Romandie das Mouvement démocratique des étudiants (MDE). Die hauptsächlichen Forderungen und Aktivitäten des MDE basierten auf einem studentischen Syndikalismus und bezogen sich auf eine Demokratisierung der Universitäten, aber auch auf den Algerienkrieg und Fragen des Antikolonialismus.[3] Im Laufe der 1960er Jahre entstanden weitere studentische Organisationen, die auch 1968 eine Rolle spielen würden, so etwa 1962 die Action syndicale universitaire (ASU) in Genf, 1963 die Fortschrittliche Studentenschaft Zürich (FSZ) oder 1966 an der Universität Bern das forum politicum (fp).

1 Zur Schweiz in den 1950er Jahren siehe u.a. Jean-Daniel Blanc, Christine Luchsinger (Hg.), *achtung: die 50er Jahre! Annäherungen an eine widersprüchliche Zeit*, Zürich 1994.

2 Vgl. u.a. Ruedi Epple, «Zurück in die 50er Jahre? Die Chevallier-Initiativen zur Reduktion und Umverteilung der Militärausgaben», in: Katharina Rengel (Hg.), *Hoffen heisst Handeln. Friedensarbeit in der Schweiz seit 1945*, Zürich 1995, S. 75–88; Ruedi Brassel, Jakob Tanner, «Zur Geschichte der Friedensbewegung in der Schweiz», in: *Handbuch Frieden Schweiz*, hg. vom Forum für praxisbezogene Friedensforschung, Basel 1986, S. 17–90, insb. S. 64–75.

3 Pierre Jeanneret, «Le Mouvement démocratique des étudiants (MDE)», in: *Cahiers d'Histoire du Mouvement Ouvrier* 21 (2005), S. 43–84.

Parteipolitisch setzte in den frühen 1960er Jahren eine Diversifikation der traditionellen Linken ein. Das Schisma zwischen der UdSSR und China, das sich im Laufe der 1950er Jahre anbahnte, aber erst 1963 öffentlich bekannt wurde, hatte auch in der Schweiz die Abtrennung von maoistischen Gruppen von der kommunistischen, an der Sowjetunion orientierten Partei der Arbeit (PdA) zur Folge. So entstanden v.a. in der Westschweiz kleine, maoistisch ausgerichtete Parteien wie 1963 Gérard Bulliards kurzlebiger Parti Communiste Suisse oder 1964 das Centre Lénine, aus dem drei Jahre später die Organisation des communistes de Suisse (Marxiste-Léniniste) mit der Zeitschrift «Octobre» hervorging.[4]

Auch innerhalb der PdA begann es in den 1960er Jahren zu gären. Vor allem die junge Generation wandte sich gegen die Orthodoxie der Parteispitze und begann sich für maoistische und trotzkistische Autoren zu interessieren. 1964 gründeten sie in Zürich die Junge Sektion der PdA, die bei den Ereignissen im Sommer 1968 eine wichtige Rolle spielen sollte.[5] Auch im Waadtländer POP setzte eine allmähliche Absetzbewegung von der Mutterpartei ein, unter dem Einfluss von Charles-André Udry, der 1966 in die Partei eingetreten war, um sie trotzkistisch zu unterwandern. Zusammen mit anderen begründete er die «Tendance de gauche», aus der später die neulinke Ligue marxiste révolutionnaire (LMR) hervorgehen würde. Ähnliche Entwicklungen fanden auch in den Basler, Genfer und Tessiner Sektionen der PdA statt.[6]

Auflehnung an den Universitäten und Schulen

Noch bevor sich aber der Protest auf den Strassen entzündete, begann es unter dem Einfluss der Ereignisse um 1967 und 1968 im benachbarten Ausland an den Universitäten und Mittelschulen zu rumoren. Am 8. März 1968 besetzten 200 Schüler des Lehrerseminars in Locarno die Aula und forderten eine Reform der Unterrichtsmethoden und eine Demokratisierung der Studienpläne. Die Behörden lenkten recht schnell ein und ernannten einen neuen Schuldirektor, der eine Schulreform durchführen sollte. Da die meisten Studierenden mit diesem Vorgehen einverstanden waren, verebbte der Protest rasch wieder.[7]

Während damit das Tessin den ersten mit «1968» zusammenhängenden Schülerprotest erlebte, war es die Romandie, in der es im Frühling 1968 am stärksten zu

4 Pierre Jeanneret, *Popistes. Histoire du Parti Ouvrier et Populaire Vaudois 1943–2001*, Lausanne 2002, S. 148–152.

5 «Die Nonkonformisten, die antiautoritäre Junge Sektion und FASS. Reminiszenzen von Roland Gretler zur Vorgeschichte von 1968», in: *Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik* 15 (1988), S. 45–49.

6 André Rauber, *Histoire du mouvement communiste suisse. De 1944 à 1991*, Genf 2000, S. 353–369.

7 Francesco Veri, «Au Tessin, il fait chaud», in: *Cahiers d'Histoire du Mouvement Ouvrier* 21 (2005), S. 173–183.

Störungen und Protestaktionen an den Universitäten kam. Dies ist auf den französischen «mai 68» zurückzuführen, der in der Westschweiz viel stärker rezipiert wurde als in den anderen Landesteilen.[8] Doch nicht nur an Solidaritätsdemonstrationen mit den französischen Studenten, wie etwa in Lausanne oder Neuenburg, mobilisierten sich ihre Schweizer Kommilitonen. Im April 1968 boykottierten die Studierenden der Universität Freiburg – letztlich erfolgreich – die Einschreibung, nachdem die Studiengebühren erhöht worden waren. In Lausanne forderte eine Gruppe von Studierenden die Demokratisierung des Studiums und mehr Mitbestimmungsrechte. Daraufhin bewilligte das Rektorat am 7. Juni einen Studientag, an dem die Studierenden, anstatt Vorlesungen zu besuchen, mit den Professoren über Verbesserungen in der Lehre und der Vermittlung von Wissen diskutierten.

Weniger harmonisch verlief der Genfer «Mai 68». Zwar bot auch hier das Rektorat den Dialog an, nachdem eine Gruppe von Studierenden den offiziellen Dies academicus aus Protest gegen die Umsetzung eines neuen Stipendiengesetzes gestört hatte. Daher fand am 11. Juni ein Dies criticus statt, damit die Studierenden mit den Professoren über Studienprobleme diskutieren konnten. Im Laufe der nächsten Monate kam es aber dennoch zu weitergehenden Protestaktionen seitens der Studierenden. Im November 1968 bestreikten Studierende der Erziehungswissenschaften ihr Institut eine Woche lang, weil eine Lehrveranstaltung für Studienanfänger nicht mehr angeboten wurde. Ende Februar 1969 kam es in Genf sogar zu einer viertägigen Besetzung des Rektorats durch etwa 200 Studierende. Auslöser war eine Anordnung des Rektorats, dass verschiedene Dienstleistungen, die normalerweise von der Association générale des étudiants (AGE) angeboten wurden, vom Senatsbüro übernommen werden sollten. Die AGE war aufgrund interner Streitereien nicht mehr funktionsfähig. Mit seinem Entscheid wollte das Rektorat verhindern, dass eine kleinere, radikaler als die AGE ausgerichtete Gruppe von Studierenden an deren Stelle trete.

Vergleicht man die verschiedenen Ereignisse an den Westschweizer Universitäten, so fällt zum einen die Dialogbereitschaft seitens der Universitätsleitungen und der kantonalen Behörden auf. Diese ist auf deren Befürchtungen zurückzuführen, die Schweiz könnte ähnliche Tumulte erleben wie das Nachbarland Frankreich. Diese Strategie schien denn auch weitgehend erfolgreich zu sein. Zum anderen ist auffällig, dass es nur kleine Gruppen waren, die tatsächlich grundlegende Veränderungen an den Universitäten forderten, wie etwa das Comité d'action pour la démocratisation des études (CADE) in Genf oder das Mouvement de libération (ML) in Freiburg. Diese vermochten zwar zeitweilig grössere Gruppen von Studierenden zu

8 Michel Vuille, «Notes sur Alain Touraine, le mouvement de mai 68 et son impact différentiel sur les universités suisses», in: *Cahiers Vilfredo Pareto / Revue européenne des sciences sociales* 22–23 (1970), S. 339–365.

mobilisieren und erreichten durch provokative Aktionen einige Aufmerksamkeit. Längerfristig setzten sich jedoch diejenigen Studierenden durch, die für gemässigte Reformen plädierten und zu diesem Zweck den Dialog mit der Professorenschaft, den Rektoraten und den Behörden suchten.[9]

In der Deutschschweiz stiessen zwar die Ereignisse an den Universitäten Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland ebenfalls auf Interesse. Anstelle der direkten Aktion setzte man hier jedoch erst einmal auf Austausch und Information. In Zürich plante die Fortschrittliche Studentenschaft Zürich (FSZ) im Frühling 1968, Rudi Dutschke zu einem Hochschulseminar einzuladen. Das Attentat auf ihn verhinderte dann seinen Besuch in Zürich. Am 26. April 1968 kamen an seiner Stelle drei andere Vertreter des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS). Mit einem Go-in erzwangen über tausend Studierende, dass die Veranstaltung mit ihnen im Lichthof der Universität stattfinden konnte; zuvor hatte die Erziehungsdirektion die Abhaltung der Veranstaltung mit Dutschke in der Aula der Universität verboten.[10]

Auch in Basel interessierten sich die Studierenden für die Bewegungen im Ausland. Ende Juni 1968 organisierten die kurz zuvor gegründeten Progressiven Studenten Basel (PSB) auf dem Basler Petersplatz eine öffentliche Diskussion, an der etwa 3000 Personen teilnahmen. Eingeladen waren auch bekannte Vertreter der Studierendenbewegung im Ausland, allen voran Daniel Cohn-Bendit, der aber schliesslich nicht kam. An seiner Stelle vertrat Alain Marceau das französische Mouvement du 22 mars, während Günther Amendt für den SDS sprach. Glaubt man der Berichterstattung in der Basler «National-Zeitung», so waren es vor allem die ausländischen Redner, die das Publikum zu fesseln zu vermochten. Die Vertreter der FSZ, des Berner forum politicum und des Genfer CADE hingegen hinterliessen bei der Zeitung den Eindruck, dass sie von der Revolution noch weit entfernt seien.[11]

Auch an den Mittelschulen kam es Ende der 1960er Jahre mitunter zu Aufsehen erregenden Aktionen. Zu nennen ist etwa der Fall Niggli: Als der Zürcher Mittelschüler Peter Niggli wegen eines Artikels zum Streikrecht der Schüler von der Kantonsschule Freudenberg verwiesen werden sollte, kam es zu heftigen Protesten und Solidaritätskundgebungen anderer Schüler und Studierenden, so dass die Aufsichtsbehörden schliesslich von der Wegweisung absahen.[12]

9 Zur Studierendenbewegung in der Romandie vgl. u.a. Jimena Fernandez, *«Mai 68» dans les universités de Suisse romande*, unveröffentl. Lizentiatsarbeit Universität Freiburg 1990; Daniel Cornu, «L'agitation estudiantine en Suisse romande», in: *Schweizer Monatshefte* (September 1968), S. 539–551.
10 *Zeitdienst*, 19. April 1968; 10. Mai 1968.
11 *National-Zeitung*, 1. Juli 1968.
12 *Agitation*, 2. März 1969.

Bereits im Jahr 1968 selber stellten zeitgenössische Beobachter fest, dass in der Schweiz die Schüler- und Studierendenbewegung im Vergleich zu ihren ausländischen Pendants harmlos verlaufe. Als in der ersten Hälfte des Jahres 1969 verschiedene Studentenorganisationen das Referendum gegen das neue ETH-Gesetz unterstützten, weil es zu wenig Mitspracherechte für die Studierenden vorsah, stellte die bürgerliche Presse mit Genugtuung fest, dass der studentische Protest in der Schweiz vorab in den geordneten Bahnen der demokratischen Rechtsordnung verlaufe.[13] Mit ihren Reformvorschlägen stiessen die Studierenden auf wenig Widerstand, denn verschiedene Universitätsgesetze, die in den späten 1960er Jahren ohnehin vor der Revision standen, sahen weitergehende Mitbestimmungsrechte für die Studierenden vor. Die Hochschulkonferenz empfahl den Universitäten 1969, im Sinne einer «Experimentierphase» auf die Forderungen der Studierenden flexibel zu reagieren.[14] Angesichts der demonstrativ zur Schau gestellten Bereitschaft der Behörden, auf die Anliegen der Studierenden einzugehen, gelang es den radikalisierten Gruppen unter den Studierenden an den Westschweizer Universitäten nicht, ihre Kommilitonen auf Dauer zu mobilisieren. In der Deutschschweiz zeigte sich eine vergleichbare Radikalisierung erst in der ersten Hälfte der 1970er Jahre, doch auch hier liess sich die grosse Mehrheit der Studierenden nicht auf die weitergehenden Forderungen der kleinen neulinken Gruppen ein.[15]

Translokale Ausbreitung der Proteste

Viele der Studierenden, die sich in den späten 1960er Jahren zunächst für Verbesserungen an den Universitäten eingesetzt hatten, wandten sich bald breiteren Themen zu und gingen grössere Koalitionen ein. Nicht die Universität allein, sondern die ganze Gesellschaft müsse radikal umgestaltet werden. Deutlich wurde dies etwa in Genf. Hier regte sich seit März 1968 Widerstand gegen die für den Mai angekündigten Journées genevoises de la Défense Nationale. Deren Programm sah unter anderem eine Ausstellung von Armeematerial, Vorträge sowie Schiessübungen für Jugendliche ab dreizehn Jahren vor. Zu den Gegnern dieser Veranstaltung aus der Friedensbewegung gesellten sich im Mai 1968 auch Teile der Studentenschaft.

13 *Année politique suisse* (1968), S. 123.
14 *Année politique suisse* (1969), S. 134f.
15 Zu 1968 an den Deutschschweizer Universitäten siehe u.a. Marc Griesshammer, «Unruhe an der Uni: Studentischer Protest im forum politicum», in: Bernhard C. Schär et al. (Hg.), *Bern 68. Lokalgeschichte eines globalen Aufbruchs – Ereignisse und Erinnerungen*, Baden 2008, S. 99–115; Stefan Howald, «'Eine Universität im Dienste der Befreiung'. Die Deutschschweizer Studentenbewegung zwischen Vietnamprotest und Hochschulreform», in: Fritz Billeter, Peter Killer (Hg.), *68 Zürich steht Kopf. Rebellion, Verweigerung, Utopie*, Zürich 2008, S. 14–24; Martina Huber, «Eine linke Avantgarde an den Hochschulen – die Fortschrittliche Studentenschaft Zürich FSZ», in: Erika Hebeisen, Elisabeth Joris, Angela Zimmermann (Hg.), *Zürich 68. Kollektive Aufbrüche ins Ungewisse*, Baden 2008, S. 171–181.

Nachdem die Behörden nach den ersten Aktionen gegen die Journées das Demonstrationsrecht eingeschränkt hatten, konstituierte sich an der Universität das Mouvement du 17 mai – Analogien zum französischen Mouvement du 22 mars waren unübersehbar. Am 29. Mai mobilisierte die Bewegung 2000 Personen für eine Demonstration. Die mitgetragenen Transparente verdeutlichten, dass es nicht mehr allein um den Protest gegen die Militärtage oder zugunsten von Studienreformen ging. Slogans wie «Guerre à la paix du travail» oder «Non à une culture de classe» widerspiegelten die weiter gehenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Forderungen der 68er Bewegung.[16]

Neben Genf war es Zürich, wo die 68er Bewegung am stärksten auf die Strasse ging. Die kurz zuvor gegründeten Fortschrittlichen Arbeiter, Schüler und Studenten (FASS) organisierten am 15. Juni 1968 ein Strassentheater, in dem ein Schauprozess «gegen den unbekannten Polizisten» inszeniert wurde. Damit sollte gegen den Polizeieinsatz im Rahmen des Rockkonzerts Ende Mai protestiert werden, an dem es zu heftigen Schlägereien zwischen Polizisten und Konzertbesuchern gekommen war. Die FASS griffen zugleich mit der Forderung nach einem autonomen Jugendzentrum ein Thema auf, das in Zürich schon länger im Raum stand. Im Anschluss an das Strassentheater trafen sich die Demonstranten im Globusprovisorium, das der Stadtrat zu diesem Zweck freigegeben hatte. An einer Vollversammlung stellten die mehreren Tausend anwesenden Jugendlichen dem Stadtrat ein Ultimatum, bis zum 1. Juli das Gebäude als Autonomes Jugendzentrum zu überlassen. Als der Stadtrat sich weigerte, auf das Ultimatum einzutreten, wollte das an der Vollversammlung gewählte Aktionskomitee nochmals das Globusgebäude besetzen, um über das weitere Vorgehen zu diskutieren. Die Polizei verwehrte jedoch den Demonstranten den Zutritt, und so kam es am 29. Juni zu Strassenschlachten zwischen Jugendlichen und Polizisten, die als «Globus-Krawall» in die Annalen eingingen.[17]

Auch wenn es sich dabei um die heftigste Eruption handelte, die in der Schweiz im Zusammenhang mit der 68er Bewegung stattfand, so war es bei weitem nicht die einzige. Anfang Januar 1969 ereignete sich in Luzern eine «Krawallnacht». Aus Protest gegen den Tod eines jungen Mannes, der sich in Polizeigewahrsam befunden hatte, versammelten sich in der Nacht vom 4. zum 5. Januar mehrere Hundert Personen vor der Luzerner Polizeihauptwache und versuchten, diese zu stürmen, was ihnen aber nicht gelang. Die Empörung über den Krawall war gross in bürger-

16 Dominique Gros, *Dissidents du quotidien. La scène alternative genevoise 1968–1987*, Lausanne 1987, S. 12–19; M. Vuille, *op. cit.*

17 Siehe u.a. Alfred A. Häsler, *Das Ende der Revolte. Aufbruch der Jugend. 1968 und die Jahre danach*, Zürich 1976, S. 29–36; «Chronik eines Jugendzentrums», in: Hans-Peter Müller, Gerold Lotmar (Hg.), *Der Bunker von Zürich. Jugend zwischen Rückzug und Revolte. Ein Modellfall*, Olten 1972, S. 11–19.

lichen Kreisen. Zunächst wollte man die Jugendlichen sogar wegen Hochverrats anklagen. Schliesslich wurden 106 Personen wegen Landesfriedensbruch strafrechtlich verfolgt und solidarisch zur Deckung der bei den Ausschreitungen angefallenen Schäden verurteilt.[18]

Auch in Bern und Basel kam es im Laufe des Jahres 1969 verschiedentlich zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei. In Bern beispielsweise setzte im April 1969 die Polizei Wasserwerfer und Tränengas ein, um Demonstranten daran zu hindern, die von der griechischen Botschaft in Bern organisierte Feier des Jahrestags des faschistischen Putsches in Griechenland zu stören.[19] Basel wiederum erlebte seine «heisse Nacht» vom 18. auf den 19. Juli 1969. Bereits zuvor hatten die Progressiven Studenten und die Progressiven Lehrlinge einige Male «Sit-ins» auf Basler Tramschienen veranstaltet, um gegen die Erhöhung der Fahrkartenpreise zu demonstrieren. Nachdem die Polizei stets zurückhaltend auf die Störungen des Tramverkehrs reagiert hatte, erklärte die Regierung schliesslich, die Besetzungen nicht mehr zu dulden. Als dann in einer symbolischen Aktion am Abend des 18. Juli erneut Trams für zehn Minuten blockiert werden sollten, griff die Polizei ohne Vorwarnung durch und verhaftete mehrere Dutzend Personen. In einem anschliessenden Katz-und-Maus-Spiel zwischen der Polizei und Demonstrierenden kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen.[20]

Theorien, Ziele, Forderungen

Die grossen Themen der 68er Bewegung waren die Kritik am kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, an den faschistischen Tendenzen, die man in der gegenwärtigen Gesellschaft zu erkennen glaubte, sowie an der westlichen Dominanz über die Dritte Welt, was sich in einem streng binären Denksystem von Imperialismus versus Antiimperialismus ausdrückte. Es handelte sich um Grundgedanken, die mit unterschiedlichen Akzentuierungen auch in anderen Ländern zentral für die 68er Bewegung waren. Dies ist nicht weiter erstaunlich, denn die Texte und Theorien, die die 68er in der Schweiz lasen bzw. mit denen sie sich auseinandersetzten, unterschieden sich kaum von jenen, wie sie beispielsweise im vorangehenden Beitrag von Wolfgang Kraushaar für die BRD erwähnt werden.

Schon zeitgenössische Kritiker wie auch verschiedene Exponenten der Bewegung selber bemängelten immer wieder, dass politische und wirtschaftliche Analy-

18 *Neue Zürcher Zeitung*, 6. Januar 1969; 7. Januar 1969; 12. Januar 1969; 16. Juni 1969; *Agitation*, Februar 1969.
19 *Der Bund*, 21. April 1969.
20 Zu Basel siehe u.a. Dominik Lachenmeier, *Die Arena. Eine Gruppierung der Basler «68er-Bewegung» zwischen «etablierter» und «alternativer» Öffentlichkeit*, unveröffentl. Lizentiatsarbeit Universität Basel 2002.

sen der Schweiz praktisch vollständig fehlten, wie es z.B. in einem Strategiepapier der FSZ von 1969 hiess.[21] Ein Jahr später kritisierte auch der Soziologe Walter Hollstein, dass bisher keine Gruppe der Ausserparlamentarischen Opposition in der Schweiz eine Analyse der schweizerischen Gesellschaft vorgelegt habe. Es falle auf, dass sich die vorherrschenden «Slogans und Urteile [...] für jeden Landesteil recht genau der APO des betreffenden Nachbarlandes zuordnen» liessen.[22]

Dennoch entwickelte die Schweizer 68er Bewegung, insbesondere Exponenten der Neuen Linken, durchaus gesellschaftskritische Analysen zu Themen, die spezifisch die Schweiz betrafen. So spielte etwa im Zusammenhang mit der antikapitalistischen Kritik das «Fremdarbeiterproblem» eine wichtige Rolle. Gemäss der Analyse der Neuen Linken würden Behörden und Arbeitgeber mit ihrer Migrationspolitik die Arbeiterklasse spalten, um sie damit zu schwächen. Auf diese Weise würden sie verhindern, dass die gesamte Arbeiterklasse vereint den Klassenkampf vorantreibe. Eine Konkretisierung erfuhr das Thema der Arbeitsmigration einerseits durch die Kritik an den Praktiken der Fremdenpolizei, andererseits in der Auseinandersetzung mit der so genannten Überfremdungsinitiative der rechtspopulistischen Nationalen Aktion.[23]

Das Interesse der Bewegung am Klassenkampf erfasste auch noch andere Aspekte. Streiks in Fabriken in diesen Jahren stiessen bei den verschiedenen Gruppierungen der Neuen Linken auf reges Interesse und grosse Solidarität. Zeitschriften wie «Agitation» oder später auch «tout va bien» berichteten regelmässig über Arbeitsniederlegungen und -kämpfe im In- und Ausland. Der Alltag von Arbeitern, Wohnungsnot bzw. der Mangel an preisgünstigen Wohnungen in den Städten, die miserablen Lebensverhältnisse der Fremdarbeiter in Baracken, die gar mit «KZ-Atmosphäre»[24] umschrieben wurden, oder die Ausbeutung von Lehrlingen waren weitere Themen.[25] Auch der Mieterkampf, der sich um 1970 verstärkte, wurde als Thema des Klassenkampfs verstanden.[26]

Jedoch musste die Neue Linke bald erfahren, dass ihr Interesse an der Arbeiterschaft nicht auf Gegenseitigkeit beruhte. Besonders deutlich wurde dies an immer wiederkehrenden Konflikten über Form und Inhalt der 1.-Mai-Demonstrationen

21 Peter Angele, *Zur Strategie- und Organisationsproblematik der Zürcher Linken unter besonderer Berücksichtigung der FSZ*, Zürich 1969, S. 16.

22 Walter Hollstein, «Der Wandel und dessen Vermittlungen. Einige Bemerkungen zur Kritik an Grundsatz-Positionen der Ausserparlamentarischen Opposition in der Schweiz (APO-CH)», in: *Polemos* 13 (1970), S. 21–29, Zitat S. 21.

23 Vgl. z.B. *Agitation* Nr. 10, 1970.

24 *Agitation*, Sonderausgabe zum 1. Mai 1969. Eine derartige undifferenzierte Gleichsetzung von zeitgenössischen Verhältnissen mit den Verbrechen des NS-Regimes war immer wieder bei manchen Exponenten der 68er Bewegung und der daraus entstandenen Neuen Linken zu finden.

25 Z.B. *Agitation*, April 1972; Juni 1972.

26 Vgl. hierzu Thomas Stahel, *Wo-wo-wonige! Stadt- und wohnpolitische Bewegungen in Zürich nach 1968*, Zürich 2006.

zwischen den Gewerkschaften und den Neuen Linken, die sich beide als Vertreter der Arbeiter sahen. 1970 fand neben Zürich auch in Bern eine gemeinsame 1.-Mai-Demonstration von Gewerkschaften und Neuen Linken statt, da hier das forum politicum wie in Zürich die FASS mit den Gewerkschaften zusammenarbeitete. In Basel hingegen lehnte es das Gewerkschaftskartell ab, einen Vertreter der Progressiven am 1. Mai sprechen zu lassen. In Winterthur und weiteren Städten verzichteten die Gewerkschaften 1970 auf eine Maidemonstration, weil sie sich den Parolen der Neuen Linken für Solidarität mit den Arbeitsmigranten nicht anschliessen wollten.[27]

Ein weiteres wichtiges Thema für die 68er Bewegung waren die internationale Solidarität und der Antiimperialismus. Wie in anderen Ländern verlagerte als Folge des Scheiterns der angestrebten Verbindung mit der Arbeiterschaft die revolutionäre Linke ihre Hoffnungen zunehmend von der «Arbeiterklasse» auf die «Dritte Welt» und deren Befreiungsbewegungen, die zu einem «Ersatzschauplatz für hiesige Auseinandersetzungen» wurden.[28] Die innergesellschaftlichen Widersprüche in den Ländern der so genannten Dritten Welt wurden als sekundär betrachtet, mit der Begründung, dass dort eine breite bürgerliche Schicht nicht existiere, sondern Bauern und Arbeiter sich zusammen gegen die mit dem Imperialismus verbündete Machtelite auflehnen würden. Daher erschienen die nationalen Befreiungsbewegungen in der «Dritten Welt» als revolutionär.[29]

Konkret manifestierte sich dieses Interesse zuerst und vor allem in der Solidarität mit der vietnamesischen Befreiungsbewegung. Der Neuen Linken ging es dabei jedoch nicht nur um Internationalismus und Solidarität, sondern sie sahen ihre Aktionen als antiimperialistischen Kampf. Gemäss der binären Unterteilung in imperialistische und antiimperialistische Länder war es klar, dass die Schweiz ins imperialistische Lager gehörte. Zunehmend wurden daher auch Schweizer Waffengeschäfte und Handel allgemein, insbesondere mit dem US-Imperialismus, kritisiert.[30] Sich selber als Antiimperialisten verstehend wurde damit auch der antiimperialistische Kampf generalisiert. Somit sahen viele Neue Linke ihre Protestaktionen in der Schweiz als Teil dieses weltweiten antiimperialistischen Kampfes oder, wie es Franz Rueb am 1. Mai 1968 in einer Rede zur Solidarität mit den so genannten Fremdarbeitern ausdrückte: «Die Solidarität mit den rechtlosen, ausgebeuteten, ausländischen Arbeitern ist – neben Vietnam – der politische Kampf der schweize-

27 *Zeitdienst*, 8. Mai 1970; 15. Mai 1970.
28 Ulrich Menzel, *Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der grossen Theorie*, Frankfurt a. M. 1992, S. 63.
29 Andrea Ludwig, *Neue oder Deutsche Linke? Nation und Nationalismus im Denken von Linken und Grünen*, Opladen 1995, S. 35–40.
30 René Holenstein, *Was kümmert uns die Dritte Welt. Zur Geschichte der internationalen Solidarität in der Schweiz*, Zürich 1997, S. 170.

rischen Arbeiterklasse schlechthin. Das ist unser Beitrag an die Befreiungsbewegung der revolutionären Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika.»[31]

Auch die dritte der von Wolfgang Kraushaar für die 68er Bewegung in der Bundesrepublik als zentral beschriebenen «Metakritiken», der Antifaschismus, spielte für die Schweizer Bewegung ein wichtige Rolle. Das zum Teil auf die Frankfurter Schule zurückgehende Faschismusverständnis der Neuen Linken war sehr generell angelegt. Ihr Antifaschismus richtete sich sowohl auf den von der Bewegung eruierten gegenwärtigen Faschismus im In- und Ausland wie auch auf den historischen Faschismus im Europa der Zwischenkriegszeit. Dies hatte zur Folge, dass auch in Bezug auf die Opfer undifferenzierte Generalisierungen vorgenommen wurden, wie folgendes Zitat von 1970 zeigt: «Hinter den Strafsanktionen, die über Haschisch-Raucher verhängt werden, steht kein Deut mehr objektive Vernunft als hinter der Verfolgung von Juden, Kommunisten, Studenten oder langhaarigen Gammlern.»[32]

Insbesondere das Schweizer Militär wurde als faschistisch bezeichnet, als «Gerichtsvollzieher des unsichtbaren und täglichen Kleinfaschismus», wie es im November 1969 in der Zeitschrift «apodaten» hiess.[33] Der Antimilitarismus in der Schweiz, der allerdings zu dieser Zeit nicht nur Thema der Neuen Linken, sondern auch der schon länger bestehenden Friedensbewegung und religiös-sozialer Kreise war, bildete in verschiedener Hinsicht ein wichtiges Mobilisierungsmotiv der späten 1960er und frühen 1970er Jahre. Die Aktionen richteten sich gegen Waffenausfuhrverbote, militärische Veranstaltungen, obligatorische Dienstpflicht oder das 1969 an alle schweizerischen Haushaltungen verschickte «Zivilverteidigungsbuch», das Intellektuelle, Linke, kirchliche Kreise usw. als potentielle Landesverräter darstellte.[34]

Ein weiteres Thema des Antifaschismus der 68er Bewegung bildete der Verweis auf die 1930er und 1940er Jahre in der Schweiz und die Kontinuitäten bei Personen, die damals bei faschistischen Organisationen aktiv gewesen waren und weiterhin eine Rolle in Politik und Gesellschaft spielten, wie etwa James Schwarzenbach.[35] An einigen Hochschulen kam es überdies zu Protesten gegen Auftritte ehemaliger Nationalsozialisten.[36] 1970 erschien in der «Agitation» ein längerer Artikel über die als «Zuchtstall für Fachidioten» betitelte Hochschule St. Gallen, der unter dem Aufhänger «Faschismus heute» auf die Vergangenheit des Professors und ehemaligen

31 *Agitation*, Sonderausgabe zum 1. Mai 1969.
32 *Apodaten*, April 1970.
33 *Apodaten*, November 1969.
34 *Focus*, Januar 1970.
35 Siehe z.B. *Agitation*, Sonderausgabe zum 1. Mai 1969.
36 Siehe z.B. Miriam Dagai, *Von Vietnam bis zu Hirschy: Die Berner Studentenbewegung 1968–1974*, unveröffentl. Lizentiatsarbeit Universität Fribourg 2005, S. 23.

Rektors W. A. Jöhr und seine Rolle als «Sonderberichterstatter des Kampfblattes der Schweizer Faschisten 'Die Front' und Theoretiker des Faschismus» hinwies.[37]

Neben diesen drei übergreifenden, auf gesamtgesellschaftliche Verhältnisse abzielenden Forderungen verfolgten die 68er aber auch Ziele, die sich mit der eigenen Emanzipation und Selbstbestimmung befassten. Dazu gehörte die Demokratisierung der Universitäten und Schulen. Hierarchische Strukturen sollten abgebaut und den Studierenden ein Mitbestimmungsrecht in Wissenschaft, Lehre und Verwaltung eingeräumt werden. Ebenso äusserten sie Kritik an der Leistungsgesellschaft und der elitären Ausrichtung der Hochschulen und verlangten, dass die Angehörigen aller Schichten gleichberechtigten Zugang erhalten sollten.[38] Die Forderung nach autonomen Jugendzentren ihrerseits entsprang dem antiautoritären Charakter der Bewegung und war Ausdruck des Anspruchs auf Selbstverwaltung und Selbstbestimmung. Auch wenn die Bewegung für ein AJZ ihren Anfang in Zürich nahm, blieb sie keinesfalls auf diesen Raum beschränkt. In Biel und Luzern, später in Lausanne, Genf und Lugano stellte die Forderung nach einem Autonomen Jugendzentrum ebenfalls einen wichtigen Mobilisierungsgrund dar.[39]

Neue Strategien und Aktionsformen

Ähnlich wie es in den ideellen und konzeptuellen Überlegungen in erster Linie um eine Kritik an der geltenden Ordnung ging, zielten die Strategien und Aktionsformen vor allem auf Provokationen ab, welche die bürgerliche Gesellschaft erschüttern sollten. Mit der Strategie der Provokation wollten die Akteure der 68er Bewegung bewirken, dass die Widersprüche in der (spätkapitalistischen) Gesellschaft deutlich gemacht würden. Dies wiederum sollte zu einer Politisierung von bis anhin passiven Bevölkerungsgruppen, vor allem der arbeitenden Klasse, führen.[40]

Erstens ging es bei den Strategien um die Anwendung von «begrenzten Regelverletzungen». Dazu gehören verschiedene Formen provokativer Verletzungen herrschender Regeln, wie Teach-ins, Go-ins, Sit-ins usw., die von der 68er Bewegung in allen Ländern popularisiert wurden. Vor allem an den Universitäten und Schulen fanden Teach-ins statt, zumeist um über ein Thema aufzuklären, gegen Repressionen Widerstand zu leisten oder gegen die etablierten Institutionen zu protestieren. Da die Teach-ins meistens unbewilligt waren, erhöhte dies den provokativen Effekt

37 *Agitation* Nr. 11, 1970.
38 Fernandez, *op. cit.*
39 René Levy, Laurent Duvanel, *Politik von unten. Bürgerprotest in der Nachkriegsschweiz*, Basel 1984, S. 172–173.
40 Dieter Kuhn, *Studenten in Bezug auf politische Organisation. Zur Studentenbewegung in der deutschen Schweiz, 1966–1973*, Seminararbeit Universität Bern 1974, S. 62–66.

des Protests. Neue Formen von Regelverletzungen erprobte die Gruppe Fokus im März 1970 in Zürich mit einem von ihr organisierten «Hasch-in», an dem laut Angaben der Organisatoren 600 Personen teilnahmen.[41]

Zweitens waren unkonventionelle Aktionsformen weit verbreitet, so dass es 1968 zu einem sprunghaften Anstieg dieser Art von Ausdrucksmitteln kam.[42] Neben dem Verteilen von Flugblättern oder Demonstrationen gehörte dazu die Aufführung von Strassentheatern, wie beispielsweise im Vorfeld des Globuskrawalls. Verbreitet waren auch Störaktionen, bei denen öffentliche Veranstaltungen umfunktioniert wurden. Berühmt geworden ist eine Aktion von Frauen im November 1969 anlässlich der 75-Jahr-Feier des Frauenstimmrechtsvereins im Zürcher Schauspielhaus, die als Gründungsmoment der Frauenbefreiungsbewegung (FBB) gilt. Anstelle einer vorgesehenen Musikeinlage übernahm Andrée Valentin von der FSZ das Mikrophon und forderte die Verwirklichung einer umfassenden Gleichberechtigung mit neuen, direkten Kampfformen.[43]

Die dritte Art von Strategien bewegte sich in der parlamentarischen Arena und nutzte die Instrumente der direkten Demokratie. Die Anwendung dieser so genannt «legalen» Mittel lehnten allerdings grosse Teile der 68er Bewegung in ihrer Anfangsphase ab bzw. waren sie zumindest stark umstritten. In einem Manifest von 1968 schrieben die Mitglieder des Berner forum politicum, die Verwendung legaler Mittel bedeute, «dass nur so weit gegangen werden darf, wie es die Auslegung des Rechts durch die Herrschenden gestattet». Daher propagierten sie anstelle solcher Mittel direkte Aktionen.[44]

Ähnliche Fragen stellten sich auch in Bezug auf die Arbeit in kantonalen Parlamenten. Als 1969 die Junge Sektion der PdA aufgelöst wurde, ging es darum, ob Franz Rueb als Vertreter der Jungen Sektion sein Kantonsratsmandat aufgeben oder ob er als Vertreter der Neuen Linken im Rat bleiben solle. Schliesslich entschied man sich für letzteres, trotz Skepsis wegen der «eindeutigen Verschleierungsfunktion» des parlamentarischen Systems, das der Bevölkerung vortäusche, an der Herrschaft beteiligt zu sein.[45]

Der Zerfall der Bewegung

Im Winter 1969/70 offenbarte sich eine tief greifende Konfliktlinie in der Schweizer 68er Bewegung. Sie beruhte auf ähnlichen Auseinandersetzungen, wie sie auch

41 *Apodaten*, April 1970.
42 Gilbert Ganguillet, «Formen der politischen Artikulation», in: Hanspeter Kriesi et al. (Hg.), *Politische Aktivierung in der Schweiz 1945–1978*, Diessenhofen 1981, S. 421–547, insb. S. 438–456.
43 *Zeitdienst*, 15. November 1968.
44 Manifest des forum politicum, abgedruckt in: Kuhn, *op. cit.*, Anhang.
45 *Zeitdienst*, 14. November 1969.

in anderen Ländern stattfanden. Ernüchtert stellten die Aktivistinnen und Aktivisten gegen Ende 1969 fest, dass es nicht gelungen sei, die Mobilisierungserfolge seit dem Frühling 1968 auf eine feste Basis zu stellen. Die Bewegung hatte an Dynamik verloren, und folglich stellte sich die Frage, mit welchen Mitteln und Strategien ihre Ziele und Forderungen doch noch erreicht und umgesetzt werden könnten. Grob gesagt lassen sich die Antworten, die die verschiedensten Gruppen auf diese Frage fanden, in zwei Richtungen unterteilen. Die einen hielten an der Idee der direkten Aktion, dem Spontaneismus, fest und sahen darin weiterhin das Mittel zum Erfolg. Die anderen, die man unter den Sammelbegriff «Marxisten-Leninisten» fassen kann, hielten diese Strategie für wenig Erfolg versprechend und setzten stattdessen auf den Aufbau von streng hierarchischen und autoritären Parteien.[46]

Für die so genannten Spontis waren es weiterhin in erster Linie die Jungen und marginalisierte Gruppen, die sich für Veränderungen der Gesellschaft interessierten. Daher müsse man bei ihnen und ihren Problemen und Wünschen ansetzen. Ein Beispiel für eine solch wenig organisierte Gruppe ist etwa Rupture in Lausanne, die sich allerdings im Laufe der 1970er Jahre mit anderen Bewegungen zur Organisation des Communistes de Suisse (OCS) zusammentat, einer sektiererischen Parteiorganisation, die jeglichen Spontaneismus aufgegeben hatte.[47] Auch die im Tessin, in Genf und in Zürich aktive Gruppe Klassenkampf ist den Spontis zuzurechnen, ebenso wie die Zürcher Autonome Linke, ein Zusammenschluss verschiedener Gruppen, die 1970 zu den tragenden Aktivisten im Bunker, dem kurzlebigen Zürcher Autonomen Jugendzentrum, gehörten.

Am Rande der spontaneistischen Bewegung radikalisierten sich zu Beginn der 1970er Jahre einige wenige Gruppen, indem sie im bewaffneten Kampf die einzige Möglichkeit zur Veränderung der Gesellschaft sahen. Anders als in der Bundesrepublik oder in Italien handelte es sich um Kleinstgruppen ohne breiteren Rückhalt, die ihre Aufgabe in der Regel darin sahen, den bewaffneten Untergrund im benachbarten Ausland und terroristische Gruppen wie die Roten Brigaden oder die RAF zu unterstützen. Diesen boten sie nicht nur aus Schweizer Munitionsdepots gestohlene Waffen an, sondern beherbergten auch deren Mitglieder, wenn sie untertauchen mussten. Etwas weiter ging die so genannte Petra-Krause-Bande, die u.a. auch Sprengstoffanschläge auf ausländische Konsulate verübte. Insgesamt blieb der bewaffnete Widerstand in der Schweiz aber ein marginales Phänomen.[48]

46 Siehe hierzu u.a. Dominique Wisler, *Drei Gruppen der Neuen Linken auf der Suche nach der Revolution*, Zürich 1996, S. 77–79; Hanspeter Kriesi, *Die Zürcher Bewegung. Bilder, Interaktionen, Zusammenhänge*, Frankfurt a.M. / New York 1984, S. 188f.

47 Jeanneret, *op. cit.*, S. 256.

48 Wisler, *op. cit.*

Im Gegensatz zu den Spontis führte die andere aus der 68er Bewegung entstandene Fraktion, die Marxisten-Leninisten, den bisherigen mangelnden Erfolg auf den geringen Organisationsgrad der Bewegung und auf den zu wenig starken Einbezug der Arbeiter zurück. Folglich setzten diese Aktivisten auf den Aufbau von Parteien. Das revolutionäre Subjekt sahen sie nicht in den Jugendlichen, sondern im «Proletariat». Auf der Basis ihrer Interpretation des Marxismus-Leninismus argumentierten diese Parteien, dass es nicht mehr darum gehen könne, Menschen gegen den Staatsapparat zu mobilisieren, sondern dass man den Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie unterstützen solle. Von der bisherigen antiautoritären Strategie wandten sich diese Gruppen folglich ab und kritisierten sie fortan als «anarchistisch» oder «kleinbürgerlich».[49]

Die erfolgreichste der neulinken Parteien waren die Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH), doch auch der Tessiner Partito socialista autonomo (PSA) oder die Revolutionäre Marxistische Liga (RML) konnten einige Wahlerfolge verbuchen. Weniger langlebig bzw. unbedeutender waren Parteien wie der Revolutionäre Aufbau Zürich (RAZ) oder die maoistische Kommunistische Partei der Schweiz/Marxisten-Leninisten (KPS/ML). Schliesslich muss auch darauf hingewiesen werden, dass nicht wenige 68er der Sozialdemokratischen Partei beitraten, die sich im Laufe der 1970er Jahre personell, aber auch in Bezug auf die ihr wichtigen Themen veränderte.[50]

Egal, ob sie zur spontaneistischen oder zur marxistisch-leninistischen Fraktion gehörten – die 68er engagierten sich in erheblichem Ausmass in den Neuen Sozialen Bewegungen, die in den 1970er Jahren einen bemerkenswerten Aufstieg erlebten. Dazu gehörten neben der neuen Frauenbewegung auch die Ökologiebewegung, die Anti-Atomkraftbewegung, die Friedensbewegung oder die Solidaritätsbewegung.[51] Wie die Mitgliederstruktur dieser Bewegungen zeigt, war die ehemalige 68er-Generation überproportional vertreten. Die 68er trugen auch entscheidend zum Aufbau einer Gegenkultur bei, die sich in den 1970er Jahren zunehmend ausbreitete und sich in immer zahlreicher werdenden Kommunen und Wohngemeinschaften, Quartiergruppen, Horten und Kinderkrippen, selbstverwalteten Betrieben usw. manifestierte. Auf die informellen Netzwerke dieser Gegenkultur konnten die Neuen Sozialen Bewegungen in vielen ihrer Aktionen zurückgreifen. Schliesslich ist zu erwähnen, dass die neuen Bewegungen hauptsächlich Aktionsmittel und Ausdrucksformen verwendeten, die von der 68er Bewegung lanciert worden waren. So

49 *Apodaten*, Juni 1970.
50 Christina Späti, *Die schweizerische Linke und Israel. Israelbegeisterung, Antizionismus und Antisemitismus zwischen 1967 und 1991*, Essen 2006, S. 61–70.
51 Siehe hierzu u.a. Marco Giugni, Florence Passy, *Zwischen Konflikt und Kooperation. Die Integration der sozialen Bewegungen in der Schweiz*, Chur / Zürich 1999.

setzten sie neben den Instrumenten der direkten Demokratie auf Boykott- und Störaktionen, Besetzungen, Sit-ins usw.[52]

Fazit: Spezifische Ausprägungen einer transnationalen Bewegung

Die 68er Bewegung setzte in der Schweiz vergleichsweise spät ein und war stark von ausländischen Vorbildern geprägt, vor allem der BRD für die Deutschschweiz und Frankreichs für die französischsprachige Schweiz. Tessiner Schüler- und Lehrlingsgruppen orientierten sich an Italien. Auffallend ist, dass in den Jahren des Höhepunkts der Bewegung, also 1968 und 1969, in der Westschweiz und im Tessin die Auseinandersetzungen an den Schulen und Universitäten dominierten, während «1968» in der Deutschschweiz eher von den Ereignissen auf der Strasse geprägt war. Insgesamt blieb die Eruption der Jahre 1968 und 1969 in der Schweiz aber vergleichsweise schwach und wurde nur von relativ wenigen Akteuren mitgetragen.

Die Zersplitterung der 68er Bewegung in ideologischer und strategischer Hinsicht wurde in der Schweiz verschärft durch die sprachregionalen Unterschiede, die fehlende nationale Zusammenarbeit und die jeweils unterschiedlichen Einflüsse aus dem Ausland. Anders als z.B. in der BRD spielte die nationale Vereinigung der Studentenschaften, der Verband Schweizerischer Studentenschaften (VSS), 1968 praktisch keine Rolle. «1968» war damit in der Schweiz stark lokal geprägt, und ein Austausch insbesondere zwischen der Deutsch- und der Westschweiz fand kaum statt. Dies war auch einer der Gründe dafür, dass die Schweiz keine nationalen Leaderfiguren wie Dutschke oder Cohn-Bendit kannte. Mit der Fragmentierung hängt auch das weitgehende Fehlen von «eigenen» theoretischen Entwürfen zusammen. Diese «Theorielosigkeit» wurde auch von den damaligen Akteuren immer wieder thematisiert und beklagt. Gegen den Besuch der Vertreter des SDS an der Universität Zürich im Frühjahr 1968 gab es beispielsweise Bedenken, dass es dafür noch zu früh sei und man dem SDS nichts «Eigenes» entgegenzuhalten habe.[53]

Auch was die intellektuellen Inputs auf die Studentenbewegung betrifft, erwies sich das akademische Umfeld in der Schweiz als nachteilig, da es wenige kritische Köpfe gab und diese wenigen es vorzogen, an ausländische Universitäten zu gehen. So folgte Urs Jaeggi, der mit einer Analyse der Medienberichterstattung zum Vietnamkrieg bei den 68ern auf starkes Interesse stiess, 1966 einem Ruf an die Universität Bochum.[54] Andere, aus der BRD kommende, marxistische Wissenschaftler

52 Hanspeter Kriesi, «Neue soziale Bewegungen – der Protest einer Generation?», in: Martin Dahinden (Hg.), *Neue soziale Bewegungen – und ihre gesellschaftlichen Wirkungen*, Zürich 1987, S. 25–42, insb. S. 30–32.

53 *Zeitdienst*, 19. April 1968.

54 *Universität Bern: Festschrift aus Unbehagen (1943–1976). Von der sauberen zur gesäuberten Uni*, hg. von einem Autorenkollektiv der SUB und GKEW, Bern 1976, S. 20–23.

bezahlten ihre Beliebtheit bei der Bewegung damit, dass ihre Lehraufträge an Schweizer Hochschulen nicht verlängert wurden. Und Berthold Rothschild, der mit seiner Analyse der Psychologie des Faschismus bei den neulinken Studierenden in Zürich auf grosses Interesse stiess, erhielt ebenfalls keine feste Anstellung an der Universität.[55]

Die Studierenden, die zunächst 1968/69 in der Romandie und ab 1970 verstärkt auch in der Deutschschweiz für radikale Veränderungen an den Universitäten plädierten, waren mit zwei Schwierigkeiten konfrontiert. Zum einen setzten Universitätsleitungen und Behörden, erschreckt durch die Ereignisse im Ausland, auf Dialog und nahmen damit manchen Forderungen der radikalen Studierendengruppen den Wind aus den Segeln. Zum anderen gab sich die Mehrheit der reformbereiten Studentenschaft mit den Angeboten der Universitäten zufrieden und zeigte für radikalere Pläne wenig Verständnis.

Trotz der starken Rekurse auf die internationale Bewegung zeigten die 68er in der Schweiz auch thematische Spezifika, die mit der hiesigen politischen und sozialen Situation zusammenhingen. Mit dem Protest gegen die verkrusteten und unbeweglichen Strukturen der schweizerischen Konsensdemokratie kritisierten sie eine politische Kultur, in der grundlegende Kritik auf wenig Verständnis stiess und die Frauen noch nicht einmal über das Stimmrecht verfügten. Mit ihrer Opposition gegen die kaum in Frage gestellte Armee kritisierten die 68er auch die Persistenz der «geistigen Landesverteidigung» seit den 1930er Jahren. Die Staatsdoktrin der Neutralität bildete ebenfalls einen wichtigen Referenzrahmen, da die 68er in ihrer antiimperialistischen Kritik die klare Eingebundenheit der an sich neutralen Schweiz in das westliche Lager beanstandeten.

Schliesslich ist auch zu erwähnen, dass während des Aufstiegs der rechtspopulistischen Parteien Ende der 1960er Jahre die 68er Bewegung zu den schärfsten und deutlichsten Kritikern der fremdenfeindlichen Vorstösse gehörte. Bei all diesen Themen und Debatten setzten die Akteurinnen und Akteure eigene Akzente und bekräftigten auf diese Weise den radikalen Protest gegen die dominierenden Diskurse nicht nur der Bürgerlichen, sondern auch der Alten Linken.

55 *Zeitdienst*, 21. Mai 1971.